

Bis anhin wurde die freie Meinungsäusserung und die Demokratie in der Schweiz stets hochgehalten. Nicht so in Basel. Offenbar ist es möglich, dass eine kleine Amtsstelle sich als Zensor aufspielt.

Das vom Egerkinger Komitee geplante Plakat betreffend Minarettinitiative wird von der Leiterin für Gleichstellung und Integration pauschal in der Öffentlichkeit kurzerhand als „rassistisch“ bezeichnet. Offenbar konnten andere grosse Städte dieser Interpretation nicht folgen und entschieden sich nicht für die Zensur, sondern für demokratische Grundrechte.

Anhand der vielen und uneinheitlichen Interpretationen dieses Plakates, scheint im Kanton Basel-Stadt Willkür zu herrschen und es wird in der kantonalen Behörde der Phantasie freien Lauf gelassen.

Sachlich betrachtet, befinden sich auf dem Plakat sieben Minarette, welche auf einer Schweizerfahne stehen und eine Frau, welche eine Burka trägt.

Nun stellen sich folgende Fragen, welche ich bitte den Regierungsrat zu beantworten:

1. Wie beurteilt die Regierung das Vorgehen des Amtes für Gleichstellung und Integration, welches kurzerhand eine Zensur über die demokratischen Grundrechte stellt?
2. Weshalb wurde der Regierungsrat erst nach dem Zensurenentscheid informiert?
1. Wie kann sich die Regierung erklären, dass andere grosse Städte und Kantone, sich deutlich gegen einen solch schwerwiegenden Zensurierungsentscheid stellen?
2. Wie stellt er sich dazu, dass sich betroffene Gruppierungen, sowie Exponenten aller politischen Parteien ebenfalls kritisch bis ablehnend gegen eine Beschneidung der Demokratie äussern?
3. Teilt die Regierung die Meinung mit Elisa Streuli, der Leiterin für Gleichstellung und Integration, dass das Plakat rassistisch sei?
4. Falls ja, was ist an einem Minarett, der Schweizerfahne oder der dargestellten Frau rassistisch?
5. Eine Zensur und der damit verbundener Volksrechte bedarf sich nicht willkürlicher oder subjektiver Empfindungen. Welches sind die rechtsverbindlichen Kriterien und Grundlagen, welche eine Zensur rechtfertigen?
6. Will der Regierungsrat solch schwerwiegende Entscheide zukünftig selbst in die Hand nehmen oder weiterhin die Verantwortung des Zensors einer einzelnen Amtsperson überlassen?
7. Eine Abteilung, welche sich mit den Problematiken der Integration befasst, ist einerseits befangen und politisch einseitig zusammengesetzt, andererseits schlicht überfordert und nicht in der Lage, solch staatspolitische heikle Entscheide unabhängig zu fällen.
8. Wie garantiert zukünftig die Regierung eine unabhängige und neutrale Beurteilung von Plakaten?
9. Ist eine Abteilung, welche subjektiv und mit viel Phantasie eine Zensur herbeiführt, überhaupt noch in der Lage zukünftig glaubhaft solche Entscheide zu fällen?

Lorenz Nägelin